



LANDKREISTAG KOMPAKT

Mitteilungen des Bayerischen Landkreistags

Ausgabe Nr. 3/2025



(Quelle: Bayerische Staatskanzlei)

Folgen Sie uns, wenn Sie auf dem Laufenden bleiben wollen!
Der Bayerische Landkreistag erweitert seine Social Media-Präsenz! ... S. 5

NEUSTART JETZT: strukturell, wirtschaftlich und finanziell S. 7

Dr. Markus Söder, MdL, Bayerischer Ministerpräsident S. 10



Editorial	3
 Achtung!	
Folgen Sie uns, wenn Sie auf dem Laufenden bleiben wollen! Der Bayerische Landkreistag erweitert seine Social Media-Präsenz!	5
 Landkreisversammlung	
NEUSTART JETZT: strukturell, wirtschaftlich und finanziell	7
Dr. Markus Söder, MdL, Bayerischer Ministerpräsident	10
Hubert Aiwanger, MdL, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie	15
Ulrike Scharf, MdL, Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales	16
Dr. Stefan Ebner, MdL, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung im Bayerischen Landtag	19
Johannes Becher, MdL, Erster Stv. Vorsitzender Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag	22
Holger Griebhammer, MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag	25
Magdalena Oehl, Stv. Vorstandsvorsitzende des Bundesverbands Deutsche Startups und Founder sowie Geschäftsführerin von TalentRocket	27
Susanne Lang, Geschäftsführende Gesellschafterin, MEKRA LANG GMBH & CO. KG	28
Bernhard Stiedl, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) Bayern	30
Verabschiedung des Altlandrates Helmut Weiß	32
Impressionen	33

Impressum:**Herausgeber:**

Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München
Telefon (089) 286615-0
Telefax (089) 282821
info@bay-landkreistag.de
www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags
Sarah Honold
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



natureOffice.com/DE-077-953312

Druckerei Schmerbeck GmbH
Gutenbergstraße 12
84184 Tiefenbach

Liebe Leserinnen und Leser,

mit großer Freude blicken wir auf unsere Landkreisversammlung zurück, die am 7. und 8. Mai 2025 in Bad Windsheim stattfand. Unsere Jahreshaupttagung war nicht nur ein wichtiges Forum für den Austausch zwischen Kommunen, Politik und Wirtschaft, sondern auch ein entscheidender Schritt in Richtung einer zukunftsorientierten und nachhaltigen Entwicklung unserer Landkreise.

Investitionsmittel aus dem Sondervermögen des Bundes fließen überwiegend in die kommunale Infrastruktur

Ein Highlight der Versammlung war die Zusage des Bayerischen Ministerpräsidenten, dass die Kommunen „den überwiegenden“ Anteil am Sondervermögen des Bundes erhalten sollen. Von dem Sondervermögen Infrastruktur mit einem Gesamtvolumen von 500 Mrd. Euro sind 100 Mrd. Euro für Länder und Kommunen vorgesehen. Diese Mittel sind von entscheidender Bedeutung für die kommunale Infrastruktur und ermöglichen es uns, dringend benötigte Projekte in unseren Kommunen zu realisieren. Wir brauchen dieses Sondervermögen, um den massiven Aufholbedarf bei der kommunalen Infrastruktur anzugehen und die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. 70 % der Investitionen werden von den Kommunen gestemmt, also muss auch 70 % des Geldes hier ankommen, so unsere Forderung. Der Ministerpräsident betonte, wie wichtig es ist, dass die finanziellen Ressourcen dort ankommen, wo sie am meisten gebraucht werden – in den Kommunen. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung und gibt uns die Möglichkeit, die Lebensqualität für unsere Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu verbessern.

Start-Up-Power trifft Politik-Praxis

Das Programm der Landkreisversammlung war thematisch vielfältig und spannend. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer konnten von einer inspirierenden Keynote von Magdalena Oehl, der stellv. Vorstandsvorsitzenden des Bundesverbands Deutsche Startups und Founder sowie Geschäftsführerin von TalentRocket profitieren. Sie teilte ihre Einsichten über die Schnittstellen zwischen Startups und Politik und regte an, wie die Politik von den innovativen Ansätzen der Jungunternehmer profitieren könnte. Im Gespräch mit den Abgeordneten Dr. Stefan Ebner, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung im Bayerischen Landtag, und Johannes



Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

Becher, Erster Stv. Vorsitzender Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Bayerischen Landtag, zeigte sie, dass die Zukunft unserer Wirtschaft auch in den Händen der jungen Unternehmerinnen und Unternehmer liegt, die bereit sind, neue Wege zu gehen. Lesen Sie, welche 10 Schritte zur Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen in Bayern sie sich vorstellt und wie sich die Mitglieder des Hohen Hauses die Zukunft vorstellen.

Dynamische Zukunftsduo: Kommunen und Wirtschaft

Die anschließende Podiumsdiskussion, moderiert von Julian von Löwis vom Bayerischen Rundfunk, bot Raum für eine lebhafte Auseinandersetzung mit den Herausforderungen, vor denen Politik und Wirtschaft stehen. Der Dialog zwischen Hubert Aiwanger, dem Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, Holger Gießhammer, MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag, unserem Präsidenten Landrat Thomas Karmasin und Dr. Christiane Heunisch-Grotz, Geschäftsführende Gesellschafterin Gießerei HEUNISCH GmbH, war nicht nur informativ, sondern auch motivierend. Gemeinsam wurde diskutiert, was die Unternehmen brauchen und wie die Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Wirtschaft gestärkt werden kann, um die Herausforderungen der Gegenwart zu meistern und gleichzeitig Chancen für die Zukunft zu schaffen. Überbordende Bürokratie und fehlende Entscheidungsspielräume, lückenhafte Digitalisierung und eine schwächelnde In-

frastruktur wurden immer wieder genannt. Hier müssen alle gemeinsam an einem Strang ziehen, um die notwendigen Fortschritte zu erzielen.

Schlagabtausch: Wirtschaft oder Wohlfahrt? Der Abbau sozialer Standards als Schlüssel zum Aufschwung?

Opener am 2. Tag der Versammlung war ein von Christian Deutschländer, stv. Chefredakteur Münchner Merkur, moderierter Austausch über die Frage, ob der Abbau sozialer Standards den wirtschaftlichen Aufschwung fördert. Der Wortwechsel zwischen der Bayerischen Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf, MdL, Susanne Lang, Geschäftsführende Gesellschafterin MEKRA LANG GMBH & CO. KG und Bernhard Stiedl, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) Bayern, machte deutlich, wie wichtig ein Gleichgewicht zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Verantwortung ist. Ohne einen starken Wirtschaftsstandort ist ein Sozialstaat gar nicht finanzierbar und die Frage, wie umfassend dieser überhaupt sein soll und kann, wurde heiß diskutiert.

Insgesamt war die Landkreisversammlung 2025 ein voller Erfolg und ein wichtiger Schritt nach vorne. Dank der großen Unterstützung des Bayerischen Ministerpräsidenten kommen wir mit Aufbruchstimmung aus Bad Windsheim zurück. Lassen Sie uns die Impulse und Ideen, die wir dort gesammelt haben, nutzen, um die Herausforderungen, vor denen wir stehen, aktiv anzugehen und gemeinsam an einer positiven Zukunft für unsere Landkreise zu arbeiten.

Ich danke allen Beteiligten für ihr Engagement und ihre Teilnahme und ich freue mich darauf, gemeinsam mit Ihnen die nächsten Schritte zu gehen.

Ihre

Andrea Degl

Folgen Sie uns, wenn Sie auf dem Laufenden bleiben wollen! Der Bayerische Landkreistag erweitert seine Social Media-Präsenz!



(Bildquellen: <https://www.linkedin.com/>, <https://www.facebook.com/>, <https://www.instagram.com/>, <https://x.com/>;
Bayerischer Landkreistag)

Liebe Landkreisliebhaber und Politikinteressierte,

der Bayerische Landkreistag erobert weiter die sozialen Medien. Klicken Sie auf „Folgen“ und werden Sie Teil unserer Community!

Wir sind auf



(Bildquellen: <https://www.linkedin.com/>, <https://www.facebook.com/>, <https://www.instagram.com/>, <https://x.com/>)

am Start und laden Sie ein, Teil unserer digitalen Reise zu werden. 🚀

Warum sollten Sie uns folgen? Nun, lassen Sie uns einen kurzen Blick auf die Vorteile werfen:

71 bayerische Landkreise

Ja, wir haben sie alle! Von A wie Altötting bis W wie Würzburg – wir liefern Ihnen spannende Einblicke und Geschichten aus jedem Winkel Bayerns. Sie wissen noch gar nicht, wie viel unsere Landkreise zu bieten haben!

Projekte, Projekte, Projekte

Erfahren Sie alles über die neuesten Initiativen und Projekte, die unsere Landkreise zum Blühen bringen. Von nachhaltiger Entwicklung bis hin zu innovativen Bildungsprojekten – unsere Landrätinnen und Landräte, ihre Mitarbeiter und die Menschen vor Ort haben die besten Ideen.

Politischer Stoff aus dem Haus der bayerischen Landkreise

Hier wird's spannend! Finanzverhandlungen mit dem Freistaat, Sicherung der Krankenhausversorgung durch den Bund und vieles mehr. Wir bringen Licht ins Dunkel der harten und manchmal etwas komplizierten Politik.

Also, wenn Sie auf dem Laufenden bleiben möchten, was in den bayerischen Landkreisen passiert, dann folgen Sie uns und teilen Sie unsere Inhalte! Denn nichts ist besser, als beim nächsten politischen Streitgespräch oder Biergarten-Besuch mit fundierten Informationen zu glänzen.

Auf die Plätze, fertig, folgen! 🇩🇪

NEUSTART JETZT: strukturell, wirtschaftlich und finanziell

Inmitten von großen wirtschaftlichen Herausforderungen mit zwei Minus-Jahren beim Bruttoinlandsprodukt und einem besorgniserregenden Anstieg der Unternehmensinsolvenzen stand die Landkreisversammlung des Bayerischen Landkreistags im Landkreis Neustadt a.d. Aisch-Bad Windsheim am 7./8. Mai unter dem Motto: „NEUSTART JETZT: strukturell, wirtschaftlich und finanziell“. Der Bayerische Landkreistag hat in diesem Jahr politische Entscheidungsträger, Unternehmer und Experten zusammengebracht, um dringend benötigte Lösungen für die derzeitigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu finden. Die aktuelle Lage zeigt, dass die Rahmenbedingungen sowohl extern als auch intern volatil sind. Unternehmen kämpfen mit steigenden Energiekosten, einem Mangel an qualifizierten Fachkräften und vor allem übermäßiger Bürokratie. Für die bayerischen Landrätinnen und Landräte ist das aber ebenso wenig ein Grund zu resignieren wie für die Unternehmerinnen und Unternehmer. Ärmel hochkrempeln und loslegen – das war auch in Bad Windsheim die Devise.

Beseitigung der strukturellen Schieflage bei den Kreisfinanzen

„Unter anderem Bürokratieabbau, Digitalisierung und hochwertige Infrastruktur sind die Schlüssel zu einem florierenden wirtschaftlichen Umfeld. Um diese Rahmenbedingungen zu schaffen, benötigen die Landkreise mehr finanzielle Mittel und Entscheidungsspielräume. Bund und Freistaat müssen verstehen, dass es den Kommunen gut gehen muss, damit es der Wirtschaft gut geht. Die aktuellen kommunalen Finanzierungssalden zeigen alarmierende Negativrekorde mit -2,5 Milliarden Euro für 2023 und -5,4 Milliarden Euro für 2024. Diese strukturelle Schieflage ist nicht mehr tragbar“, erklärte **Landrat Thomas Karmasin, Fürstentfeldbruck, Präsident des Bayerischen Landkreistags**. Er forderte: „Die Landkreise benötigen Geld, Geld, Geld – und vor allem BEINFREIHEIT! Weniger Regularien und mehr Entscheidungsspielräume sind notwendig, um die Wirtschaft erfolgreich anzukurbeln. Wenn die Wirtschaft läuft, steigen die Steuereinnahmen, und wir gewinnen mehr Spielräume im kommunalen Haushalt. Das ist wie ein Kreislauf, der sich selbst antreibt.“

Die Ursachen für diese Schieflage sind vielschichtig. Die wesentlichen Ausgaben steigen deutlich schneller als die Einnahmen. Die Kommunen tragen über 25 % der Ausgaben, erhalten jedoch nur 14 % der Steuereinnahmen. Karmasin dazu: „Das Prinzip „Wer anschafft, der zahlt“ steht endlich im Koalitionsvertrag und muss endlich umgesetzt werden. In der Vergangenheit waren wir es gewohnt, dass der Bund neue gesetzliche Aufgaben beschließt, ohne sich an der Finanzierung zu beteiligen.“

Um die finanziellen Herausforderungen zu bewältigen, benötigen wir aber auch schnelle und konkrete Lösungen. Vom Sondervermögen Infrastruktur in Höhe von 500 Milliarden Euro sind 100 Milliarden Euro für Länder und Kommunen vorgesehen. Diese Mittel müssen unbürokratisch und schnell bereitgestellt werden, damit die Kommunen zügig investieren können. 70 % des Geldes muss dort ankommen, wo es am dringendsten benötigt wird: bei den Kommunen – wie eine gezielte Injektion in ein angeschlagenes Herz.“

Stärkung des ländlichen Raums, der Seele Bayerns

Auch in diesem Jahr durften sich die Gäste der Landkreise über die Ehre freuen, dass sich der **Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL**, viel Zeit für die Anliegen der Landkreise genommen hat: „Nur wenn es den Kommunen gut geht, geht es dem Land gut: Hier (bei der Landkreisversammlung) treffen sich kommunale Mandatsträger zum Gespräch. Den Herausforderungen der Zeit können wir nur mit einer stärkeren Wirtschaft begegnen. Die Grundlagen haben wir in Berlin gesetzt – nun muss es schnell umgesetzt werden. Es gilt: Mehr Investitionen für Wirtschaft, Technologie, KITAS und Gesundheitsversorgung, massiver Abbau von Bürokratie sowie weniger Ausgaben bei Bürgergeld und Migration. Gerade im ländlichen Raum muss die Krankenhausqualität erhalten bleiben. Unsere bayerische Heimatstrategie ist ein Erfolgsmodell für den ländlichen Raum und mit Behördenverlagerungen werden neue Arbeitsplätze geschaffen. Wir sorgen für gute Lebensbedingungen überall im Land. Der ländliche Raum ist die Seele Bayerns.“

Förderung junger Unternehmer

„Bayern kann Gründerland Nummer 1 in Europa werden – wenn wir jetzt den Mut haben, nicht nur zu fördern, sondern auch zu vertrauen: Bürokratie abbauen, jungen Unternehmen echte Aufträge auch aus öffentlicher Hand zu geben und Startups die Bedeutung beizumessen, die sie haben. Sie sind die Innovationsmotoren unserer Zukunft“, so **Magdalena Oehl**, Stv. Vorstandsvorsitzende des Bundesverbands Deutsche Startups und Founder sowie Geschäftsführerin von TalentRocket.

Startups, der Mittelstand von morgen

Dr. Stefan Ebner, MdL, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung im Bayerischen Landtag: „Kommunen sind das Herz unseres Landes – hier schlägt das Leben! Ich freue mich deshalb sehr, dass Startups bei der Landkreisversammlung des Bayerischen Landtags so eine gewichtige Rolle spielen: Sie sind der Mittelstand von morgen. Bayern ist mittlerweile Startup-Land Nummer eins in Deutschland, weil der Freistaat seit mehreren Jahrzehnten Gründertum engagiert fördert. Und weil über viele Jahre hier ein beeindruckendes Ökosystem zwischen Startups, Hochschulen, etablierten Unternehmen und Investoren entstanden ist – nicht nur in den Metropolregionen, sondern in ganz Bayern. Denn wer will, kann in jeder Region Bayerns gut gründen und findet durch die vielen Gründerzentren in der Fläche beste Bedingungen. Wirtschaft und Politik müssen gemeinsam nicht nur dafür arbeiten, dass wir in Bayern weiterhin beste Gründer-Voraussetzungen haben, sondern dass noch mehr Menschen Lust auf Gründer- und Unternehmertum bekommen!“

Weniger Bürokratie, mehr Gründergeist

Johannes Becher, MdL, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag und Mitglied der Enquete-Kommission des Bayerischen Landtags zum Bürokratieabbau: „Es muss einfach einfach sein, in Bayern ein Unternehmen zu gründen. Dafür braucht es alle Infos auf einen Blick, schlanke, digitale Förderprogramme sowie Zugang zu Netzwerken und Markt. Gerade das Potenzial von Frauen und internationalen Fachkräften können und sollten wir noch stärker nutzen. Weniger Bürokratie, mehr Gründergeist – das braucht Bayern jetzt.“

Solide Finanzen sowie Aufgaben- und Standardabbau

Hubert Aiwanger, MdL, Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie: „Um unsere Regionen zukunftsfähig aufzustellen, brauchen die Kommunen eine solide finanzielle Basis und weniger kostentreibende Vorschriften. Nur so können sie vor Ort investieren, die heimische Wirtschaft stärken und Arbeitsplätze sichern. Eine florierende Wirtschaft ist Voraussetzung für genügend Steuereinnahmen. Die Kommunen haben eine große Herausforderung, ihre Infrastruktur wie Schulen und Straßen erhalten und die Digitalisierung umsetzen zu können. Wir brauchen auch kommunalfreundliche Lösungen für die Zukunft der Krankenhauslandschaft. Gleichzeitig müssen wir bürokratische Hürden abbauen: Unternehmen und Kommunen brauchen schnellere Verfahren, weniger Vorschriften und eine Verwaltung, die digital und effizient arbeitet. Das stärkt den Standort und entlastet die Menschen vor Ort.“

Erhöhung der Verbundquote auf 15 %

Holger Griebhammer, MdL, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag: „Jetzt gibt es einen Neustart: Die neue Bundesregierung packt an und hat unsere Kommunen dabei im Fokus. Mit dem Sondervermögen können wir massive Investitionen in unsere Infrastruktur vornehmen, die dringend nötig sind. Damit unterstützen wir Städte, Gemeinden und Landkreise und kurbeln gleichzeitig unsere Wirtschaft an. Unsere Landkreise müssen immer mehr Aufgaben übernehmen. Dafür brauchen sie aber auch die finanziellen Mittel. Deshalb setzen wir als SPD uns im Bayerischen Landtag für die Erhöhung der Verbundquote auf 15 % ein. Wir wollen auch den Bürokratieabbau massiv vorantreiben und die Digitalisierung der Behörden ausbauen. Unsere Landkreise stehen vor enormen Herausforderungen etwa beim ÖPNV oder der Krankenhausfinanzierung und sie leisten hervorragende Arbeit, für die wir sehr dankbar sind. Deshalb ist für uns als SPD klar: Sie brauchen mehr Geld und weniger Vorschriften!“

Mehr Realitätsnähe der Politik

„Fehlende Planbarkeit, überbordende, zum Teil sinnlos erscheinende Bürokratie und hohe Energiepreise sind einige wichtige Faktoren, die Deutschland in eine tiefe Strukturkrise gestürzt und zur Abwanderung mehrerer



wichtiger Industriezweige geführt haben. Nur mit einer florierenden Wirtschaft und Industrie sind Wohlstand und Sozialleistungen möglich. Umfassend durchdachte und strategische Konzepte, sinnvoll und zielgerichtet eingesetzte Fördermittel und eine größere Realitätsnähe unserer Politiker wären Schritte in die richtige Richtung und könnten dem festgefahrenen Wagen neuen Schwung geben“, so **Dr. Christiane Heunisch-Grotz**, Geschäftsführende Gesellschafterin Gießerei HEUNISCH GmbH.

Praxis-Check für Sozialgesetze

Die Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, **Ulrike Scharf, MdL**, betonte auf der Landkreisversammlung: „Ich weiß um die schwierige Lage der Kommunen. Wir stehen in sehr engem und stetigem Austausch und arbeiten gemeinsam an Lösungen. Die Bayerische Staatsregierung lässt die Städte, Gemeinden und Landkreise nicht allein. Bei den Koalitionsverhandlungen habe ich darum gekämpft, dass die Probleme in der Praxis auf Bundesebene mehr berücksichtigt werden. Im Koalitionsvertrag haben wir eine Sozialstaatsreform vereinbart. Sozialgesetze werden einem Praxis-Check unterzogen. Besonders wichtig ist mir auch, dass die Digitalisierung gestärkt wird und praxisnah gearbeitet wird – das Wohl unserer Bürgerinnen und Bürger immer im Blick. Dafür setze ich mich auf allen Ebenen mit ganzer Kraft ein. Vor Ort in den Kommunen wird der Staat für die Menschen direkt greifbar.“

Einfach machen (lassen)

Susanne Lang, Geschäftsführende Gesellschafterin MEKRA LANG GMBH & CO. KG: „Was wir von der Politik erwarten, lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Lassen Sie Unternehmerinnen und Unternehmer ihre Arbeit machen und ihre Verantwortung wahrnehmen! Der Mittelstand ist das Rückgrat der Bundesrepublik Deutschland – das war er schon immer und das wird er auch in Zukunft bleiben. Gerade für die langfristige Sicherung des Wohlstands und damit die Finanzierung des Sozialstaates in Deutschland müssen Politik und Wirtschaft zusammenarbeiten. Denn ein starker Wirtschaftsstandort Deutschland ist das Fundament eines Sozialstaates. Das hat Deutschland in der Vergangenheit stark gemacht.“

Die Kommunen stärken

Bernhard Stiedl, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) Bayern: „Wir sehen in den Landkreisen und Kommunen das Fundament unseres erlebbaren Sozialstaats. Nur mit starken Kommunalfinanzen bleibt Bayern solidarisch, lebendig und zukunftsfähig. Gerade Kommunen in strukturschwachen oder schrumpfenden Regionen benötigen jetzt besondere Unterstützung, damit das in der Verfassung verankerte Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse im Freistaat kein leeres Versprechen bleibt. Hier sind sowohl der Bund als auch der Freistaat in der Pflicht: Stärken Sie die Kommunen! Geben Sie ihnen die notwendigen Ressourcen und Handlungsspielräume, um den Sozialstaat vor Ort zu gestalten – für gute Arbeitsbedingungen, bezahlbaren Wohnraum, hochwertige Bildung und eine flächendeckende Gesundheitsversorgung. Nur so wird Bayern seinem Anspruch als sozialer und wirtschaftlich starker Freistaat gerecht.“

Der Bayerische Ministerpräsident



Landkreistag und Staatsregierung gemeinsam stark

Landkreistag und Staatsregierung gehen die Zukunftsfragen gemeinsam an. Die Jahresversammlung hat auch dieses Jahr gezeigt, wie wichtig der direkte Austausch zwischen Staatsregierung und Landkreisen ist. Der Freistaat ist und bleibt verlässlicher Partner der Kommunen.

Trotz schwierigster Rahmenbedingungen hat der Kommunale Finanzausgleich 2025 ein Spitzenniveau von fast 12 Mrd. €. Das ist ein Zuwachs von 20 % seit 2020. Für den kommunalen Hochbau, Schulen und Kitas stellt der Freistaat über 1 Mrd. € zur Verfügung, für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen 100 Mio. € für struktur- und finanzschwache Kommunen. Dazu kommen die Schlüsselzuweisungen, die im Jahr 2025 mit rund 5 Mrd. € einen neuen Höchststand erreicht haben.

Bayerns Kommunen belegen im Ländervergleich Spitzenpositionen – sie haben eine geringe Verschuldung und liegen bei der Investitionsquote schon lange auf Platz 1. Das liegt auch an der langjährigen und verlässlichen Unterstützung durch die Bayerische Staatsregierung. In Bayern gilt seit jeher: Geht es den Kommunen gut, geht es auch dem Land gut.

Die Botschaft der Jahresversammlung setzt die richtigen Schwerpunkte: „Neustart jetzt: strukturell, wirtschaftlich und finanziell.“ Deutschland braucht ein Fitnessprogramm und einen Booster für die Wirtschaft durch

Entbürokratisierung, Investitionen und eine sichere und bezahlbare Energieversorgung.

Bayern geht hier voran. Wir investieren, reformieren und konsolidieren. Bayern soll seine Spitzenposition halten und ausbauen.

Wir erleichtern und entschlacken im Landesrecht. Unsere Deregulierungs- und Entbürokratisierungsoffensive setzt Maßstäbe. Mit den Modernisierungsgesetzen ist Bayern Vorreiter des Bürokratieabbaus. Zwei Modernisierungsgesetze sind schon zu Jahresbeginn in Kraft getreten, das Dritte ist im Landtag und das Vierte auch schon auf dem Weg. Eine Vielzahl von Entbürokratisierungsmaßnahmen sind beschlossen oder bereits umgesetzt: Mehr als 15 % der Verwaltungsvorschriften wurden abgebaut und es gilt eine verschärfte Paragraphenbremse nach dem Prinzip "one in, two out". Gesetze, die sich nicht bewähren, werden nach fünf Jahren wieder kassiert. Im gesamten Landesrecht gibt es Vereinfachungen, beispielsweise im Bau- oder Vergaberecht sowie im Öffentlichen Dienstrecht. Davon profitieren vor allem auch die Kommunen.

Gleichzeitig investieren wir in die Standortfaktoren der Zukunft. Nicht getätigte Investitionen sind Schulden der nächsten Generation. Deshalb investieren wir in Technologie, Wissenschaft, Kommunen, Familien und Wohnungsbau. Für Bayern ist völlig klar: Das zentralste Asset dabei ist Forschung. Das bringt die Wirtschaft in Schwung und holt Investitionen ins Land. Deshalb hat die Bayerische Staatsregierung die Hightech Agenda (HTA) ins Leben gerufen, das größte Investitionsprogramm, das es je in einem Bundesland gab. Über die HTA und die HTA Plus investieren wir insgesamt 5,5 Mrd. €. Die HTA ist der Garant für Bayerns Zukunft. Jetzt wird sie zur Blaupause für eine Tech-Offensive für ganz Deutschland.

Ganz zentral ist das Thema Energie. Bayern liegt bei den Erneuerbaren nach wie vor vorne. Seit 2018 haben wir die installierte Leistung um 85 % erheblich erhöht und letztes Jahr 23 % am nationalen Zubau erreicht. Mit der massiven Aufstockung des Personals an den Genehmigungsbehörden

für Wind und Netze, der Reform der 10 H-Regelung, dem Ausbau der Windenergie in den Bayerischen Staatsforsten, den Förderprogrammen zum Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und einem Standort- und Motivationsprogramm mit fast 50 Neuerungen schiebt die Staatsregierung viel an. Wir brauchen in Zukunft mehr Strom. Allein für die fortschreitende Digitalisierung ist der Strombedarf immens. Ein modernes Rechenzentrum, ein „Hyperscaler“, hätte einen Strombedarf einer Stadt wie Regensburg.

Der Energiedeal im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ist der richtige Weg: Die Stromsteuer wird auf das europarechtliche Mindestmaß gesenkt. Netzentgelte werden reduziert und ein Wirtschaftsstrompreis für energieintensive Unternehmen eingeführt. Für energieintensive Branchen in Bayern wie Chemie, Automobilindustrie, Maschinenbau ist das existenziell und sichert Arbeitsplätze in vielen Kommunen.

Für Bayern ist der Kurswechsel in Berlin wichtig. Die Benachteiligung des Südens ist vorbei. Es gibt die Zusage der Bundesregierung, dass substantielle Mengen an Gaskraftwerken in Süddeutschland gebaut werden sollen. Es wird weiterhin in Deutschland nur eine einheitliche Stromzone geben. Auch das Wasserstoffnetz soll so überarbeitet werden, dass der Süden gut angeschlossen wird, was auch eine Anbindung an Italien ermöglicht.

Die Staatsregierung stärkt die Kommunen auch bei Kinderbetreuung, Schule und Krankenhausreform, wo immer es geht.

Kinderbetreuung ist eine zentrale landespolitische Aufgabe für mich. Laut einer Studie des Ifo-Instituts sind wir das kinderfreundlichste Land. Seit 2018 hat Bayern 32 Mrd. € in die Kinderbetreuung investiert, in etwa 5 Mrd. € pro Jahr. Und wir werden die Strukturen weiter massiv stärken. Hierfür fließt in den Jahren 2027 bis 2029 knapp 1 Mrd. € unmittelbar in das Kinderbetreuungssystem. Das BayKiBiG wird entschlackt und für den Bau von Kitas wird eine Mustervorlage erstellt, um die Standards zu vereinbaren.

Zur Erfüllung des gesetzlichen Ganztagesanspruchs für Kinder im Grundschulalter wird das Investitionsprogramm des Bundes um zwei Jahre verlängert. Es sollen weitere 130.000 Plätze geschaffen werden. Der Ball liegt jetzt bei den Kommunen: Die Bundesmittel müssen schnellstmöglich abgerufen werden!

Bei der Digitalisierung der Schulen wird es einen Systemwechsel geben: Ab dem Jahr 2027 werden wir die Kommunen bei ihren Anstrengungen durch einen pauschalen Zuschuss unterstützen. Für die Kommunen bedeutet das eine massive Entbürokratisierung und eine viel bessere Planungssicherheit.

Die Staatsregierung ist auch beim Thema Krankenhausversorgung an der Seite der Kommunen. Gemeinsam unterstützen wir die bayerische Krankenhauslandschaft: In den Jahren 2024 und 2025 wurden die Investitionskostenetats hier auf jeweils 800 Mio. € erhöht. Das Ziel ist die „Krankenhausmilliarde“ bis 2028. Zusätzlich läuft das 100 Mio. €-Sonderförderprogramm für kleinere Krankenhäuser im ländlichen Raum. Im Koalitionsvertrag in Berlin wurden Verbesserungen am Gesetz zur Krankenhausreform angelegt. Entscheidend ist jetzt die rasche Umsetzung durch den Bund.

Wie schnell und konsequent Berlin in der Umsetzung ist, sehen wir bei der illegalen Migration. Die neue Bundesregierung handelt von Tag eins. Wir schützen unsere Grenzen und stoppen die illegale Migration. Mit der Aussetzung des Familiennachzugs verringern wir den Zuzug. Auch das heißt Entlastung für die Kommunen! Und auch hier ist Bayern Vorreiter. Wir haben Grenzpolizei und Bezahlkarte schneller als alle anderen eingeführt. Wir halten Wort. Die Maßnahmen wirken. Danke an die Landrätinnen und Landräte, die mit der Staatsregierung das Projekt schnell und konsequent umgesetzt haben.

Der neue Koalitionsvertrag hat eine starke bayerische Handschrift. Er ist ein Fitnessprogramm für die deutsche Wirtschaft und bringt Deutschland wieder auf Vordermann. Das Sondervermögen über 500 Mrd. € ist ein

Konjunkturpaket XXL – mit 100 Mrd. € für die Länder über 12 Jahre. Das ist die größte Finanzspritze, die es für Länder und Kommunen jemals gab. Das heißt Geld für neue Straßen, Brücken, Hallenbäder und Schulen für unsere Bürgerinnen und Bürger. Ein Modernisierungsschub für Deutschland in Richtung Zukunft.

Die Maßnahmen der neuen Bundesregierung werden der wirtschaftlichen Entwicklung neuen Schub geben. Bayern begleitet und treibt an.

In Bayern machen wir vor, wie es geht. Bayern ist Zukunftsland und Heimat. Über 90 % der Menschen leben gerne in Bayern und fühlen sich hier zu Hause. Die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker haben daran einen großen Anteil.

Danke für das großartige Engagement und die starke Zusammenarbeit!

München, Juni 2025



Dr. Markus Söder, MdL
Bayerischer Ministerpräsident

„Dynamisches Zukunftsduo: Kommunen und Wirtschaft“



*Von Hubert Aiwanger, MdL,
Bayerischer Staatsminister
für Wirtschaft, Landesent-
wicklung und Energie
(Foto: StMWi/R.Kerl)*

Die finanzielle Stärkung der Kommunen ist essentiell für ihre Entwicklung und Stabilität. Eine solide Einnahmebasis, die nicht konjunkturabhängig ist, ist notwendig, um aktuelle Herausforderungen zu bewältigen. Der neue Koalitionsvertrag enthält Maßnahmen zur Wirtschaftsstärkung, wie die Senkung der Stromsteuer und verbesserte Abschreibungsbedingungen. Allerdings ist die geplante Senkung des Körperschaftsteuersatzes ab 2028 für die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen unzureichend. Es scheint, als würde eine grundlegende Unternehmenssteuerreform gemieden.

Investitionen in die Infrastruktur

Die Beschleunigung von Infrastrukturinvestitionen ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der Kommunen. Strikte Haushaltsdisziplin und Ausgabenpriorisierung sind dabei unerlässlich. Länder und Kommunen müssen ausreichend am Sondervermögen für Infrastruktur beteiligt werden. Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene sieht 100 Milliarden Euro für Länder und Kommunen vor. Bayern hat sich als verlässlicher Partner bewiesen, wie der Kommunale Finanzausgleich 2025 zeigt.

Bürokratieabbau

Der Bürokratieabbau ist entscheidend, um Unternehmen mehr Spielräume zu geben und die Wirtschaftsentwicklung in den Kommunen voranzutreiben. Hierbei sind weniger Regeln, einfachere Verfahren und mutigere Entscheidungen von Bedeutung. Die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen erfordert entschlos-

senes Handeln und Zusammenarbeit zwischen Bund, Freistaat und Kommunen.

Digitalisierung

Die Digitalisierung der Kommunen ist entscheidend für effiziente Verwaltungsprozesse und besseren Bürgerservice. Bayern unterstützt Kommunen umfassend, etwa durch die BayKommun, die als zentrale Anlaufstelle für digitale Verwaltungsleistungen dient. Weitere Tools wie die Bayern Packages und der BayernStore helfen bei der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse. Die Initiative Digitales Bayern 5.0 zielt darauf ab, bayrische Kommunen zu vollständig digitalen Ämtern auszubauen.

Gesundheitsversorgung

Die Qualität der Gesundheitsversorgung ist entscheidend für die Attraktivität einer Region. Die Gesundheitswirtschaft, ein wichtiger Wirtschaftszweig, schafft Arbeitsplätze und fördert Innovationen. In Bayern tragen zahlreiche Unternehmen im Bereich der Medizinprodukte und pharmazeutischen Industrie dazu bei. Wichtige Standortfaktoren sind die Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften, eine gute Verkehrsanbindung und die Erreichbarkeit von Gesundheitsdiensten.

Öffentlicher Nahverkehr ÖPNV

Ein funktionierender öffentlicher Nahverkehr (ÖPNV) ist entscheidend für die Bewältigung von Verkehrs- und Klimawandel sowie die Verbesserung der Luftqualität. Daher müssen der Ausbau und die Attraktivität des ÖPNV vorangetrieben werden. Besonders wichtig ist die Anbindung des ländlichen Raums. Die Lösung liegt in der besseren Verknüpfung der Verkehrsträger und dem optimalen Mix der Mobilitätsformen.

Erneuerbare Energie

Bayern ist führend im Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere der Photovoltaik. Der weitere Ausbau muss systemverträglich und in Einklang mit dem Netzausbau erfolgen. Wichtige Maßnahmen für eine nachhaltige Energieversorgung sind der Ausbau erneuerbarer Energien, die Erhöhung der Energieeffizienz und

der Ausbau des Gas- und Wasserstoffnetzes. Die Staatsregierung setzt auf eine dezentrale Energiewende mit Bürgerbeteiligung und unterstützt Unternehmen mit der Bayerischen EnergieEffizienz-Netzwerk-Initiative (BEEN-i).

Fachkräftesicherung

Die Fachkräftesicherung ist eine gemeinsame Aufgabe von Politik, Wirtschaft und Unternehmen. Ziel ist es, inländisches Arbeitskräftepotenzial zu aktivieren und flexibel einzusetzen. Die kommunale Ebene spielt eine wichtige Rolle bei der Integration der Menschen und der Schaffung optimaler Bedingungen. Mit der Förderrichtlinie Landesentwicklung – Regionalmanagement werden regionale Projekte zur Fachkräftegewinnung unterstützt.

Handel

Der Handel, insbesondere der Einzelhandel, ist eine wichtige Branche in Deutschland. Allerdings haben die aktuelle Wirtschaftslage und die Corona-Krise zu Unternehmensrückgängen und Personalabbau geführt. Leerstände sind auch in zentralen Lagen bayerischer Innenstädte ein Problem. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, sind Maßnahmen wie die Aktivierung inländischer Arbeitskräftepotenziale und die Optimierung der Zuwanderung von Fachkräften notwendig. Ich bin überzeugt: Ein dynamisches Miteinander von Kommunen und Wirtschaft wird nicht nur die Lebensqualität in den Städten und Gemeinden erhöhen, sondern auch die Grundlage für eine innovative und nachhaltige Entwicklung in der Zukunft legen.

Deutschland packt an. Bayern geht voran!



*Von Ulrike Scharf, MdB,
Bayerische Staatsministerin
für Familie, Arbeit und So-
ziales, weitere stellvertre-
tende Ministerpräsidentin
(Foto: StMAS)*

Bayern geht's gut! Und die ganze Welt weiß, warum: Geschickte Hände, die zupacken und präzise arbeiten. Kluge Köpfe, die weiterdenken und Chancen sehen. Und vor allem: Fleiß. Menschen, die dranbleiben!

Geschick, Klugheit, Fleiß – kann man das messen? Vielleicht nicht direkt. Aber als Arbeits- und Sozialministerin sehe ich die Ergebnisse hier bei uns in Bayern. Im letzten Jahr überstieg das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen im Freistaat die 100.000-Euro-Marke. Jedes Jahr melden bayerische Tüftlerinnen und Tüftler verlässlich über 10.000 Patente an. Die Arbeitslosigkeit in Bayern ist mit nur vier Prozent unter allen Bundesländern die niedrigste. Bayern ist Vorbild!

Und Deutschland ist nach wie vor eine starke Wirtschaftsnation. Doch wenn wir den Blick nach außen richten, fällt auf: Manche Selbstverständlichkeit gilt längst nicht mehr. „Deutschland ist ein reiches Land“, hört man von denen, die mehr Sozialleistungen fordern. Und zweifelsohne geht es uns in Deutschland gut, in Bayern nochmal besser. Doch werfen wir mal einen Blick in die Vereinigten Staaten von Amerika: Das deutsche Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt bei gut 50.000 Euro – das amerikanische liegt mehr als 50% darüber!

Die Wirtschaft in Deutschland ist geschrumpft. So lange, wie wir das in der Bundesrepublik noch nie erlebt haben. Wir sind auf Platz 24 der weltweiten Wettbewerbsfähigkeit abgerutscht. Andere europäische Wirtschaftsnationen stehen noch schlechter da, aber das tröstet mich nicht. Großbritannien, Italien, Frankreich, Spanien – sie alle liegen hinter uns. Wir standen schon mal besser da: Vor gerade mal zehn Jahren, 2014, war Deutschland noch auf Rang 6 – ganz vorne mit dabei. Das war respektabel. Dort wollen wir wieder hin! Wir wollen ganz nach vorne!

Wirtschaft und Wohlfahrt gehen Hand in Hand

Entscheidend ist die Balance von wirtschaftlicher Stärke und Wohlfahrtsstaat. Einerseits schafft Wirtschaft die Voraussetzungen für Wohlfahrt. Starke Schultern tragen unseren Sozialstaat. Sie stemmen die Last, damit auch die Schwächeren sicher und gut leben können. Denken Sie an die Inklusion von Menschen mit Behinderung durch unser Programm „Bayern barrierefrei“. Wir brauchen den Sozialstaat so dringend, weil es Menschen gibt, die den Sozialstaat dringend brauchen. Deshalb: Wir müssen unseren Sozialstaat sichern! Mit Wirtschaftskraft greifen wir den Schwachen unter die Arme.

Umgekehrt hätte es die Wirtschaft schwer ohne den Sozialstaat. Sozialer Frieden ist ein Standortvorteil. Die Soziale Marktwirtschaft ist unser Erfolgsprinzip. Verlässliche Kinderbetreuung und Altenpflege machen einen entscheidenden Unterschied: Menschen gehen zur Arbeit, statt zu Hause zu betreuen und zu pflegen. Eine der drängendsten Fragen der deutschen Wirtschaft lösen wir auf sozialer Ebene: den Arbeitskräftemangel. Drei Viertel der Mütter in Deutschland arbeiten Teilzeit, durchschnittlich 22 Wochenstunden. Zwei Stunden mehr – und wir gewinnen eine halbe Million Vollzeitstellen. Deshalb investieren wir: in Kitas, in Ganztagsangebote, in Pflege. Wir binden alle ein: Menschen mit Behinderung – gut qualifiziert und oft unterschätzt. Migrantinnen und Migranten – mit Potenzial, das wir heben müssen. Fachkräftemangel? Lösen wir sozial. Ein kluger Sozialstaat ist Dünger für Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Zusammenhalt!

Wirtschaft und Wohlfahrt sind aus der Balance

Wirtschaft und Wohlfahrt gehen Hand in Hand. Aber es braucht Balance. Und diese Balance ist verlorengegangen. Die Staatsausgaben liegen auf Rekordniveau – sie machen die Hälfte von unserem Bruttoinlandsprodukt aus. Ein großer Teil der Staatsausgaben, fast 30 Prozent, fließt in Sozialleistungen. Wenn Sozialleistungen schneller wachsen als die Wirtschaft, dann geht etwas gehörig schief! Sinnbildlich für den Irrweg der letzten Jahre: das Bürgergeld. Schon der Name klingt nach bedingungslosem Grundeinkommen. Wir brauchen das Gegenteil: fördern und fordern.

Was gibt es also zu tun? Zuerst: Wir schaffen das Bürgergeld ab – wie im Koalitionsvertrag vereinbart. Wir senden mit der Bundesregierung ein klares Signal: Der Sozialstaat federt Härten ab, aber er ersetzt nicht das

Arbeitsleben. Deshalb setzen wir gezielt Anreize – und nötige Sanktionen. So senken wir nicht nur Ausgaben. Wir mobilisieren auch Arbeitskräfte. Das ist gut für die Wirtschaft und – so meine tiefe Überzeugung – auch besser für die Menschen selbst. Denn Arbeit stiftet Sinn. Wer arbeitet, leistet einen Beitrag – und geht mit Stolz nach Hause. Ich will selbstbewusste und engagierte Bürgerinnen und Bürger – so schützen wir unsere Demokratie!

Der Sozialstaat ist kompliziert. Die Initiative für einen handlungsfähigen Staat hat 170 Leistungen gezählt. Verteilt auf fünf Bundesministerien, 30 Behörden, 16 Länder und 400 Kommunen – oft mit unterschiedlichen Regeln. Wir kennen die Diagnose aus unseren Gesprächen in der AG Sozialstandards, wo ich mit bayerischen Kommunalvertreterinnen und -vertretern zusammenkomme: Viel Papier, viel Personal, immense Kosten. So geht es nicht weiter! Wir aus Bayern haben Druck gemacht – mit Erfolg: Der Bund setzt eine Kommission zur Sozialstaatsreform ein. Zentrale Sozialleistungen kommen auf den Prüfstand. Unser Ziel: Weniger Wirrwarr, mehr Wirkung! Wir müssen den Sozialstaat grundsätzlich reformieren! Und die Kommunen müssen mitentscheiden!

Wir brauchen die Kompetenz vor Ort

Dieses Jahr hat Bayern den Vorsitz in der Arbeits- und Sozialministerkonferenz. Als Vorsitzende werde ich mit Herz und Verstand für einen besseren Sozialstaat kämpfen! Er muss einfacher und durchschaubarer werden, aktivierender und treffsicherer. Wir wollen Bedürftigen bestmöglich helfen, aber wir wollen auch den Staatshaushalt und die arbeitende Bevölkerung entlasten. Wir müssen die Sozialversicherungsbeiträge senken – das ist gut für uns alle. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben mehr netto vom brutto und Arbeitgeber können mehr Arbeitsplätze schaffen, weil ein Arbeitsplatz weniger kostet.

Ganz wichtig: Für einen besseren Sozialstaat brauchen wir die Kompetenz vor Ort. Eins darf nicht mehr sein: Der Bund beschließt – und Länder und Kommunen zahlen die Zeche. Wer Verantwortung trägt, muss auch mitentscheiden. Das ist gelebtes Subsidiaritätsprinzip! Kein politisches Amt ist so nah an den Wünschen und Sorgen der Menschen wie das der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, der Landrätinnen und Landräte. Sie wissen am besten, was den Menschen hilft! Darauf bauen wir – für eine wirksame Sozialpolitik. Die neue Bundesregierung steht an Ihrer Seite. Wir hören zu. Wir gestalten gemeinsam. Für einen Sozialstaat, der die

Menschen erreicht. Dafür habe ich bei den Koalitionsverhandlungen gekämpft und ich habe mich durchgesetzt!

Wir brauchen Reformen für Wachstum

Wir müssen den Sozialstaat reformieren, aber das reicht nicht, um den Wirtschaftsstandort wieder in Schwung zu bringen. Wir brauchen dringend mehr qualifizierte Zuwanderer, um offene Stellen zu besetzen und den Renteneintritt der Baby Boomer abzufedern. Wir wollen ausländische Abschlüsse schneller anerkennen! Bayern geht hier voran mit der generellen *fast lane*: eine Überholspur für qualifizierte Einwanderer, die wir dringend brauchen. Und das Arbeitszeitgesetz? Wir holen es gemeinsam mit der nächsten Bundesregierung raus aus der Steinzeit. Im Koalitionsvertrag beschlossen: keine täglichen Höchstarbeitszeiten mehr, sondern freie Zeiteinteilung. Am Gesundheits- und damit Arbeitsschutz ändert sich aber nichts. Unser Ziel: Leben und Arbeit passen wieder besser zusammen. Ich habe das seit Jahren gefordert – jetzt kommt's!

Schließlich stutzen wir die Berichtspflichten zurück. Bürokratieabbau ist unser Fitnessprogramm. Vertieft in Dokumentationspflichten entwickelt niemand neue Ideen. Mit der Wartenummer in der Hand ergreifen wir keine Chancen. Deshalb: Freiheit statt Formularflut! „Je freier die Wirtschaft, desto sozialer ist sie auch“, wusste schon Ludwig Erhard. Apropos, Erhard: Ein Bayer brachte Deutschland die soziale Marktwirtschaft – und das Wirtschaftswunder dazu. Einer von uns. Mit Weitblick, Mut und klarer Haltung. Ein Auftrag – für uns in Bayern heute!

Wir haben die Chance, unser Land nach vorne zu bringen

Ein Schock ging durch Deutschland – vorletztes Jahr, am Zenit der „Ampelkoalition“. „Ist Deutschland wieder der kranke Mann Europas?“, fragte „The Economist“ – die britische Stimme mit Gewicht. Die Frage weckte Erinnerungen an die 1990er Jahre: schwaches Wachstum, hohe Arbeitslosigkeit, tiefes Haushaltsdefizit. Was brachte damals die Wende? Mutige Sozialreformen! Wir stiegen auf in die Top Ten der Wettbewerbsfähigkeit, die Arbeitslosigkeit sank, unsere Wirtschaft wuchs und die Staatseinnahmen stiegen – Jahre lang. Heute wissen wir: Erfolge sind kein Automatismus.

Ein Glück: Wir sind an der neuen Bundesregierung beteiligt. Jetzt haben wir die Verantwortung – und die Chance, unser Land wieder nach vorn zu bringen. Die Kraft dazu steckt in uns. Deutschland kann mehr – Bayern zeigt wie! Ich denke an unsere Unternehmerinnen und Unternehmer, unsere Handwerkerinnen und Handwerker, unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, unsere Erfinder, Ingenieure und Landwirte, egal ob Männer oder Frauen, und nicht zuletzt: an unsere Freiwilligen. Sie alle zeigen: Leistungsbereitschaft, Innovationsgeist, Verantwortung – das macht uns in Bayern aus. Das ist unsere DNA, unsere Mentalität, unsere Stärke. Die Bundesrepublik braucht jetzt Stärke aus Bayern. Deutschland packt an! Bayern geht voran!

Bayerns Wirtschaft braucht Gründer – von der Großstadt bis zum Dorf



*Von Dr. Stefan Ebner,
Mitglied des Bayerischen
Landtags*

Was soll eigentlich der ganze Hype um Startups? Schließlich reden wir hier doch nur von kleinen Unternehmen, die nicht profitabel sind, ständig Investorengelder brauchen, überdurchschnittlich oft pleitegehen – und Kickertische im Büro stehen haben. Ja, an jedem Klischee ist was dran, aber das ist eben nur die halbe Wahrheit.

Aus wirtschaftlicher Sicht ist klar: Startups treiben Innovationen stärker voran als andere Unternehmen. Sie sind daher entscheidend für die Zukunft unserer Wirtschaft – gerade jetzt, wo die Ausgangslage alles andere als gut ist. Zwischen 2019 und 2024 ist die deutsche Wirtschaft gerade einmal um 0,1 Prozent gewachsen, die US-Wirtschaft dagegen um 12 Prozent. Wäre Wirtschaftswachstum ein Wettlauf, hätte Deutschland gerade einen Meter geschafft – während die USA bereits 120 Meter voraus sind.

Aktuelle Herausforderungen für die deutsche Startup-Szene

Unsere Wirtschaft stagniert, die Wettbewerbsfähigkeit sinkt, es arbeiten zu viele Menschen in Teilzeitjobs, die Energiekosten zu hoch, Fachkräfte fehlen und die demografische Fehlentwicklung belastet enorm. Dazu kommen vier Megatrends – die vier Ds: Demografie, De-Globalisierung, Dekarbonisierung und Digitalisierung. Rund 93 Prozent der Unternehmen sind von mindestens einem dieser Ds betroffen (IW, 2024). Das sind alles dicke Bretter, die gebohrt werden müssen.

Wie gehen wir diese Herausforderungen an? Entscheidend sind Innovationen – und Unternehmen, die diese vorantreiben. Hier haben Startups oft die Nase vorn: Sie sind dynamischer, flexibler und agiler als etablierte Unternehmen. Damit können sie Innovationen entwickeln, die ganze Märkte auf den Kopf stellen – man spricht von Disruption. Bestes Beispiel: Tesla, BYD oder andere Elektroautohersteller. Deren disruptive Innovationen kamen nicht aus den bestehenden Autokonzernen. Die vielen Veränderungen durch neue Technologien wie KI und Biotechnologie, durch den demografischen Wandel oder durch die Dekarbonisierung verlangen eine große Transformation – und dazu brauchen wir Startups als Innovationsmotoren.

Startups sind in den letzten 15 Jahren stärker in den öffentlichen Fokus gerückt – nicht nur wegen der TV-Gründershow „Die Höhle der Löwen“. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft haben die Bedeutung von Gründerinnen und Gründern für unsere Zukunft erkannt. Doch es gibt noch viele Herausforderungen.

Startups brauchen mehr Wachstumskapital

In Deutschland und Europa fehlt es Startups häufig an Wachstumskapital – also dem Geld, das für den großen Sprung nach vorn nötig ist, zum Beispiel für eine Internationalisierung. Wenn dieses Kapital hierzulande nicht verfügbar ist, kommen ausländische Investoren mit prall gefüllten Taschen. Das Resultat: Startups und ihre Technologien wandern ab. Wir säen – und andere fahren die Ernte ein. Kein guter Deal.

Zur Einordnung: 2023 lagen die Wagniskapital-Investitionen in Deutschland bei gerade einmal 0,06 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). In Israel waren es 1,28 Prozent, in den USA 0,47 Prozent, in Kanada 0,22 Prozent. Im Vergleich zu den USA und dem Vereinigten Königreich ist der deutsche Markt 2,9- bzw. 3,4-mal kleiner. Die Tabelle zeigt, wie unterschiedlich hoch die Investitionen von Wagniskapital in Künstliche Intelligenz in den verschiedenen Staaten ist.

Durchschnittliche jährliche Wagniskapitalinvestitionen in Künstliche Intelligenz für ausgewählte Länder 2021 – 2023

Land	Mio. US-Dollar
Japan	1.313
Südkorea	2.870
Israel	3.556
Deutschland	3.623
Indien	4.434
Großbritannien	6.297
EU-27	12.355
China	28.488
USA	79.559

Die in den Mittelwert 2021 – 2023 eingeflossenen Daten von 2023 stellen eine Schätzung dar.

Quelle: OECD.AI (Abruf am 27. November 2023) basierend auf Daten von Preqin; Berechnungen der Expertenkommission Forschung und Innovation; ifo-Institut

Die Lösung liegt nicht darin, dass der Staat selbst mehr Geld investiert. Viel wichtiger ist, dass viel mehr privates Kapital – von Pensionsfonds, Banken, Versicherungen, Stiftungen, Vermögensverwaltern – in Startups fließt. Ein Rechenbeispiel: Würden nur ein Prozent des Kapitalstocks der 1000 größten europäischen Pensionskassen und Versorgungswerke in Startups investiert, stünden rund 100 Milliarden Euro bereit – die Lücke zu den USA wäre geschlossen. Der Staat müsste nur die Rahmenbedingungen verbessern, ohne selbst Geld auszugeben. Übrigens: Im Bayerischen Landtag bringen wir aktuell einen Antrag ein, der prüfen soll, inwieweit landeseigene Einrichtungen, insbesondere vom Freistaat (mit-)gegründete Stiftungen, besser in Startup-Fonds investieren können. Das wäre ein starkes Signal in die ganze Republik.

Der Staat muss öfter Kunde von Startups werden

„Was der Bauer nicht kennt, frisst er nicht“, soll Friedrich der Große festgestellt haben, als er die skeptischen Preußen von der Einführung der Kartoffel überzeugen wollte. Ähnlich geht es vielen Startups: Bei öffentlichen Aufträgen greift man lieber auf etablierte Anbieter zurück, statt jungen Unternehmen eine Chance zu geben. Zu kurz am Markt, geringe Bonität, wenige Referenzen – so fallen Startups oft durch.

Besonders deutlich wird diese Zurückhaltung – leider – beim Staat auf allen Ebenen. Zwar wird die Bedeutung von Startups gerne betont, doch wenn es konkret wird, bekommt meistens doch der Platzhirsch den Zu-

schlag. Hoffen wir auf den Koalitionsvertrag im Bund: Der will das Vergaberecht vereinfachen. Auch im Bayerischen Landtag gibt es dazu aktuell einen Antrag: Der Staat soll öfter und einfacher Kunde von Startups werden. Das wäre eine einfache Form der Startup-Förderung – ganz ohne teure Förderprogramme.

Mehr Begeisterung fürs Unternehmertum

24 Prozent der Studentinnen und Studenten finden einen Job beim Staat am attraktivsten (EY-Befragung, 2025). Das mag manche Behördenvertreter freuen, ist aber kein gutes Signal für eine alternde Volkswirtschaft, die innovative Unternehmer braucht. Umso erfreulicher: Laut derselben Umfrage wollen 25 Prozent der Studenten nach dem Abschluss und 44 Prozent nach zehn Jahren beruflich selbstständig sein – Tendenz steigend. So oder so: Unser Land braucht mutige Menschen, für die „Risiko“ nicht nur Gefahr, sondern auch Chance bedeutet. Ohne sie helfen uns weder Spitzentechnologien noch Kapital.

Damit das klappt, sollte alles, was Unternehmertum, Innovationsfreude, Risikobereitschaft und Eigenverantwortung fördert, noch stärker in Schulen und Universitäten Einzug halten. Sich selbstständig zu machen, etwas Eigenes zu gründen, muss als gleichwertige Berufsoption vermittelt werden – nicht als verrücktes Abenteuer, sondern als echte Alternative zum klassischen, sicheren Karriereweg.

Ebenso wichtig ist auch eine Kultur des Scheiterns: Rückschläge – ob beruflich oder persönlich – sind normal und dürfen kein Stigma sein. Oder hat jeder Bürgermeister, Landrat oder Abgeordnete gleich beim ersten Mal seine Wahl gewonnen?

Gründertum: Ein Thema für Stadt und Land

Ist Gründertum nur ein städtisches Thema? Oder nur eine Frage der Bundes- oder Europapolitik? Nein. Natürlich entstehen neue Unternehmen häufiger im Umfeld von Universitäten, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Investoren und internationalen Netzwerken. Es gibt aber genauso ländliche Regionen, in denen gründungsaffine Menschen leben, die unternehmerische Leidenschaft mitbringen und die Vision, etwas Neues schaffen zu wollen.

Bayern geht hier einen dezentralen Weg: Mit einer Hochschullandschaft, die über das ganze Land verteilt ist, und insgesamt rund 60 Gründerzentren, darunter 19 digitale Gründerzentren mit eigenen Schwerpunk-



ten. Ihr Sinn: Junge Unternehmen durch günstige Büro- und Gewerbeflächen, Coaching, Netzwerke und Unterstützung bei der Kapitalbeschaffung zu fördern. Die politische Linie dahinter: Gründen muss überall in Bayern möglich sein.

Wie können Landkreise Gründerinnen und Gründer fördern?

Abschließend und heruntergebrochen auf die kommunale Ebene stellt sich die Frage: Warum sollten sich ein Landkreis und ein Landrat für Gründertum und Startups interessieren?

Die Antwort ist einfach: Wirtschaft und Unternehmenslandschaften wandeln sich ständig. Unternehmen kommen und gehen. In den 1980er- und 1990er-Jahren lag der Fokus der Wirtschaftsförderung darauf, große Zweigstellen überregionaler Unternehmen vor Ort anzusiedeln. Das passiert heute eher selten. Umso wichtiger ist es, dass neue Unternehmen in der Region entstehen und wachsen können.

Gerade mutige Menschen mit Leidenschaft sind entscheidend: Sie sind in der Region verwurzelt, haben da gearbeitet, gründen von dort und gewinnen ihre ersten Kunden meist in der Heimat. Das kann der Informatik-Experte sein, der eine innovative App entwickelt und daraus ein Geschäftsmodell macht – ein Startup im eigentlichen Sinne. Oder es ist der findige Holzhändler, der sich klassisch selbständig macht, sein Geschäft mit Logistikdiensten ausbaut und so ein analoges, nicht-digitales Unternehmen mit regionaler Wertschöpfung schafft.

Was kann ein Landkreis konkret tun?

Einiges. Drei Beispiele: Gründerinnen und Gründern Sichtbarkeit und Wertschätzung geben! Auszeichnungen gibt es viele – zu Recht werden besondere Verdienste von Bürgerinnen und Bürgern gewürdigt. Auch der Schritt, ein eigenes Unternehmen zu gründen, verlangt besonders viel Mut: den Verzicht auf geregelte Arbeitszeiten, Sicherheit und Planbarkeit. Landräte und Bürgermeister können Gründern öffentliche Wertschätzung schenken und zeigen: Unternehmertum gehört selbstverständlich dazu.

Oder: Die Kommune zum Kunden machen und Startups mehr Aufträge geben! Bund, Länder und Kommunen geben jährlich weit über 100 Mrd. Euro aus, um Dienstleistungen, Software oder Hardware einzukau-

fen. Wenn Landkreise und Gemeinden Startups bei Aufträgen stärker berücksichtigen, wäre das eine enorme Hilfe für junge Unternehmen.

Und: Unternehmertum in Schulen fördern! Als Sachaufwandsträger können Landräte und Bürgermeister dazu beitragen, dass Gründertum, Unternehmertum und Selbständigkeit in Schulen stärker verankert werden – vielleicht gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft oder, sofern vorhanden, mit dem regionalen Gründerzentrum. Ziel muss sein: Unternehmertum als echten Berufsweg zu vermitteln, nicht nur als exotische Alternative.

Fazit

Deutschland – und Bayern im Besonderen – haben beste Voraussetzungen: Exzellente Wissenschaft, eine starke industrielle Basis und viele talentierte Menschen. Doch in den kommenden Jahren entscheidet sich, ob wir uns im globalen Wettbewerb behaupten und Industrieland bleiben. Das braucht Anstrengung: Eine Vier-Tage-Woche und möglichst viel Work-Life-Balance passen nicht mehr in die Zeit. Gründerinnen und Gründer sind mutig genug, Risiken einzugehen und auf Sicherheit zu verzichten. Landräte, Bürgermeister und Kommunalpolitiker können ihren Beitrag leisten, indem sie Gründergeist fördern, Startups eine Bühne geben und Gründern als Kunden zur Seite stehen. Sie verdienen die bestmögliche Unterstützung der Politik auf allen Ebenen.

Freiheit für die Kommunen



*Von MdL Johannes Becher,
stellvertretender Fraktionsvor-
sitzender von Bündnis 90/
Die Grünen im Bayerischen
Landtag und Mitglied der En-
quetekommission „Bürokratie-
abbau“
(Foto: Schierl Fotografie)*

Geldnot, Bürokratie und zusätzliche Aufgaben schränken die Freiheit von Landkreisen, Städten und Gemeinden ein und das bei steigenden Erwartungen der Bevölkerung. Eine schwierige Kombination. Trotz bestem Willen und großer Offenheit für neue Ideen erlebe ich Kommunen oft mit dem Rücken zur Wand. Statt Gestalter in ihrer Region werden sie zu Mängelverwaltern. Wie kommen wir aus dieser Situation wieder heraus? Es braucht mehr Geld, weniger Bürokratie und mehr Effizienz, damit Kommunen funktionieren und investieren können. Nur wer ein Gefühl von Freiheit hat, kann positiv nach vorne schauen und mit kreativen Ideen gemeinsam mit der Bevölkerung den eigenen Ort gestalten.

Geld vom Bund hilft, jetzt ist der Freistaat am Zug.

Ohne Moos nix los. Alle Sparrunden in den kommunalen Haushaltsberatungen verpuffen, wenn es keine Perspektive gibt, dass es besser wird. Die grundlegende Finanzierung der Kommunen muss besser werden.

Einen wichtigen Beitrag zur Ertüchtigung der Infrastruktur in unserem Land wird das Sondervermögen des Bundes leisten. Hierbei ist darauf zu achten, dass das Geld bei den Kommunen ankommt. Statt kleinteiligen Förderprogrammen braucht es Mut zur pauschalen Lösung. Gemeinden, Städte und Landkreise wissen sehr gut, welcher Bereich den dringendsten Bedarf hat.

Geld vom Bund ist immer gut, aber primär sind die Länder verantwortlich für die Finanzierung der Kommunen. Wenngleich auch im Bayerischen Staatshaushalt die Perspektiven nicht besser werden, so wurde doch im Jahr 2023 ein satter Überschuss erzielt und die staat-

liche Rücklage ist üppig gefüllt. Es gäbe also Spielräume für die Entlastung der Kommunen, die aktuell mit erheblichen Defiziten zu kämpfen haben.

Unser Vorschlag ist es, eine zusätzliche Milliarde für die Kommunen zur Verfügung zu stellen, was für den Freistaat Bayern finanziell möglich und angesichts der massiven kommunalen Überlastung auch geboten wäre. Nur mit mehr frei verfügbaren Mitteln können Kommunen ihrer Schlüsselrolle für Wirtschaft, Energiewende, Sozialstaat und Gesellschaft gerecht werden. Mehr Gestaltungsspielräume von Gemeinden und Städten dürften dabei auch den Landkreisen und Bezirken entgegenkommen.

Neue Einnahmepotentiale können sich aus kommunalen Steuern ergeben, wie der aktuell diskutierten Verpackungssteuer, einer kommunalen Bettensteuer oder einer Grundsteuer C. Im Moment verhält sich die Staatsregierung nach dem Motto: Was die Regierung nicht für sinnvoll hält, wird verboten! Das ist der nächste Affront gegen die Kommunen, welchen die Entscheidungshoheit diesbezüglich genommen wird.

Alternativlos ist das nicht. Der bessere Politikstil wäre, den Kommunen mehr Freiheiten einzuräumen und damit passgenaue Entscheidung für den eigenen Ort zu treffen.

Staatliche Aufgaben müssen auch staatlich bezahlt werden.

Die sanfte Aushöhlung des Konnexitätsprinzips kennt zahlreiche Beispiele. Dabei müsste eigentlich der einfache Grundsatz gelten: „Staatliche Aufgaben sind staatlich zu finanzieren“. Die Realität in bayerischen Landratsämtern sieht häufig genug so aus, dass fehlende staatliche Stellen aus kommunalen Mitteln – oft mit Millionensummen jährlich – querfinanziert werden. Der Mangel an staatlichem Personal führt zu höheren Kreisumlagen und so leiden Städte und Gemeinden im Landkreis gleich mit.

Für leistungsfähige Kommunen muss der Freistaat sein staatliches Landratsamt wieder vollständig selbst finanzieren und besetzen. Wenn dabei Lücken entstehen, braucht es zumindest Kompensation über den kommunalen Finanzausgleich.

Alternativen zum Förderdschungel

Der Freistaat Bayern hat über 150 kommunale Förderprogramme. Na bravo! Doch für jedes Einzelne kämpfen sich Verwaltungsangestellte auf allen Ebenen durch verschiedene Anträge, Vergabekriterien, Leitlinien und Verwendungsnachweise, die im Anschluss von der örtlichen Rechnungsprüfung bis zum Obersten Rechnungshof geprüft werden. Die Verschlinkung von Förderrichtlinien, Formularen und Prozessen liegt auf der Hand, ihre Digitalisierung ist längst überfällig und eine Zusammenlegung von Förderprogrammen notwendig.

Eine einfachere und effektivere Möglichkeit sehe ich darin, Förderprogramme zu reduzieren und die dadurch freiwerdende Geldsumme stattdessen über die Schlüsselzuweisung oder eine pauschale Investitionskostenförderung an die Kommunen zur freien Verwendung zu geben. Es wäre eine grundlegende Veränderung des Systems und diese Umstellung wird Mut und Überzeugungskraft benötigen. Das Ergebnis wäre signifikant weniger Bürokratie und mehr kommunale Freiheit.



Wohnbauförderung durch neuen Immobilienfonds absichern

Unstrittig ist der Bedarf nach mehr bezahlbarem Wohnraum in Bayern. Die Kommunen und die bayerische Wohnungswirtschaft wollen den Bedarf der Bevölkerung decken und so sind erfreulich viele Projekte auf

dem Weg. Leider stehen sie nun auf der Kippe, weil der Zuschussstopf für die einkommensorientierte Förderung leer und überzeichnet ist. Der Freistaat selbst beantragt über die staatlichen Wohnungsbaugesellschaften mehr Gelder, als derzeit drin ist. Dieses Konzept muss dringend neu und krisenfest aufgestellt werden. Da die drei staatlichen Wohnbaugesellschaften BayernHeim, Stadibau und Siedlungswerk Nürnberg ohnehin zusammengeführt werden, ist es ein guter Zeitpunkt, um die Finanzierung zu überdenken.

Ein Vorschlag der Grünen Landtagsfraktion liegt auf dem Tisch: die Holding durch einen neu aufgelegten Immobilienfonds finanzieren. Damit steht man nicht mehr in Konkurrenz zu den Kommunen, Mittel können wieder in den angespannten Wohnungsmarkt fließen und Investorinnen und Investoren hätten die Chance, ihr Geld gesellschaftlich sinnvoll und risikoarm anzulegen – ohne dass der Kapitalmarkt es auffrisst.

Entbürokratisierung des Bausektors

Trifft eine stabile Finanzierung dann noch auf vollständig digitale Baugenehmigungsprozesse und ein reformiertes Baurecht, öffnen sich Türen für die Gestaltung von bezahlbarem Wohnraum. Insbesondere bei DIN-Normen ist hier kritisch hinzuschauen, inwieweit der dort geforderte Standard tatsächlich den Notwendigkeiten entspricht. Zudem gilt es, rechtliche Grundlagen zu schaffen, um weitere Potentiale zu nutzen – etwa durch eine Erweiterung des Bestandsschutzes, die Nutzung von landwirtschaftlichem Leerstand und oder die Möglichkeit, Mitarbeiterwohnungen in Gewerbegebieten für zulässig zu erklären.

Dauerhafte Leerstände von privaten Gebäuden verschärfen dabei nicht nur den Wohnungsmangel, sondern haben erhebliche, negative Auswirkungen auf das Ortsbild. Hier gilt es, Potentiale zu nutzen und den Kommunen wirksame Werkzeuge an die Hand zu geben.

Digitalisierungsturbo für Verwaltungsprozesse

Bei der Digitalisierung hinken wir im internationalen Vergleich deutlich hinterher. Der Fokus darauf, digitale Lösungen für die Schnittstelle zwischen Bürgerinnen und Bürgern zu schaffen, erzielt für die Verwaltung keine entlastende Wirkung, wenn der dahinterliegende Verwaltungsprozess weiterhin analog funktioniert. Die Hoffnung von effizienterem und kostengünstigeren Arbeiten durch Digitalisierung verwirklicht sich so jedenfalls nicht. Hier gilt es, von Skandinavien zu lernen und konsequent digital zu denken. Statt einem Flicker-

teppich an selbstgebauten IT-Lösungen bedarf es eines zentralen Überbaus mit einheitlichen Schnittstellen und Prozessen.

Wir brauchen eine einfach zu nutzende nationale eID nach österreichischem Vorbild, die bei sämtlichen staatlichen und privaten Onlineprozessen als Identifikation fungiert. Damit würden Amtsbesuche für eine simple Unterschrift nicht mehr erforderlich. Schon aufgrund des Personalmangels führt darüber hinaus an echter Automatisierung und der Nutzung von Künstlicher Intelligenz kein Weg vorbei. Offene, transparente Modelle sollten bei einfachen Verwaltungsvorgängen entscheiden und bei komplexeren Fällen Vorschläge liefern.



(Foto: Schierl Fotografie)

Statt mutig voranzuschreiten, finden sich häufig Ausreden, warum das bei uns nicht geht: Datenschutz, Angst vor Missbrauch und einzelne Personen in der Bevölkerung oder der Verwaltung, die den digitalen Weg nicht mitgehen können oder wollen.

Selbstverständlich müssen persönliche Daten geschützt werden und das ist auch pragmatisch machbar. Wenn Daten verarbeitet werden, dann braucht es dafür eine Rechtsgrundlage und klare Transparenz gegenüber den Betroffenen. Leider wird der Begriff Datenschutz bei uns aber oft als Vorwand genutzt, um Dinge zu vermeiden, die woanders in Europa bereits funktionieren und zulässig sind. Da müssen wir umdenken, sonst lähmen wir uns in einer vollständig digitalisierten Welt dauerhaft.

Ein Paradigmenwechsel hin zu mehr Vertrauen und Zusammenarbeit

Was wir brauchen, ist ein Paradigmenwechsel zu mehr Vertrauen und Zusammenarbeit. Statt der Erwartungen, dass jedes denkbare Risiko über Gesetze oder Verwaltungsvorschriften ausgeschlossen werden oder es Gerechtigkeit für jeden Einzelfall geben könnte, bedarf es pauschalerer Regelungen und Stichprobenkontrollen statt umfassender vorausseilender Dokumentationspflichten.

Dazu gehört auch dann auch eine Kultur, die Fehler – sogar solche der Verwaltung – als normalen Teil des Lern- und Arbeitsprozesses betrachtet und nicht als Drama, welches sofort Gesetzesverschärfung oder personelle Konsequenzen erfordert. Eine gute Verwaltung muss Fehler machen und daraus lernen dürfen. Das gilt in gleicher Weise für die Politik.

Finanzielle Gestaltungsspielräume, weniger Bürokratie, clevere Digitalisierung und ein bayerischer Pragmatismus würden aus meiner Sicht den Kommunen guttun und bringen Freiheit und die Lust am Gestalten zurück. So können Kommunen auch weiterhin ihre Rolle ausfüllen: als tragende Säulen für Demokratie und Gesellschaft.

Anpacken für unsere Kommunen



*Von Holger Griebhammer,
MdL, Vorsitzender der
SPD-Fraktion im Bayerischen
Landtag
(Foto: Stefan Brix)*

Unsere Kommunen sind das Rückgrat unserer Gesellschaft. Als langjähriger Kommunalpolitiker weiß ich: Dort ist man den Menschen am nächsten, dort werden die Sorgen und Nöte ganz direkt wahrgenommen und gelöst. Die Herausforderungen unserer Zeit – vom Wohnungsbau über die Verkehrswende bis hin zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie den dringenden Bedarf von mehr Kita- und Schulangeboten – können wir nur gemeinsam mit unseren starken Kommunen bewältigen.

Koalitionsvertrag

Die neue Bundesregierung hat das erkannt und im Koalitionsvertrag fest verankert. Wir wollen, dass unsere Kommunen auch in Zukunft lebenswert und leistungsfähig sind und dass Menschen aus der Mitte unserer Gesellschaft dort gut leben können. Mit einem Zukunftspakt von Bund, Ländern und Kommunen soll die finanzielle Handlungsfähigkeit gestärkt und eine umfassende Aufgaben- und Kostenkritik vorgenommen werden. Besonders freut mich, dass der Grundsatz „wer bestellt, bezahlt“ festgeschrieben wurde. Es darf nicht sein, dass den Kommunen immer mehr Aufgaben zugewiesen werden, sie aber dann auf allen Kosten, einschließlich denen für Personal und Verwaltung, sitzen bleiben. Dieser Grundsatz der Veranlassungskonnextität gegenüber den Kommunen muss gelten, und zwar nicht nur im Bund, sondern natürlich auch in Bayern. Die Koalition hat zurecht erkannt, dass die kleinteilige und bürokratische Förderprogrammstruktur auf den Prüfstand gehört. Stattdessen brauchen wir eine systematische und langfristige Verbesserung der Kommunalfinanzen. Sie hat auch ein klares Bekenntnis zu unseren hervorragenden Kommunalunternehmen und damit zum Schutz der Daseinsvorsorge abgegeben. Das begrüßen wir als SPD ausdrücklich.

Sondervermögen

Wir müssen massiv in unsere in vielen Teilen Bayerns marode Infrastruktur und damit in unsere Zukunft investieren. Straßen, Brücken, Schulen, Kitas und das Schienennetz sind dringend sanierungs- und ausbaubedürftig. Es ist richtig und wichtig, dass Bundestag und Bundesrat – letztlich auch mit Zustimmung Bayerns – dafür ein Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro beschlossen haben. Laut Artikel 143 h des Grundgesetzes soll die Summe „für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und für zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045“ verwendet werden. Damit stehen auch Gelder für erneuerbare Energien und für kommunale Wärmenetze zur Verfügung. Auch die geplante Finanzierung der Krankenhausreform aus dem Sondervermögen ist ein starkes Signal, gerade für den Erhalt der Krankenhausstruktur im ländlichen Raum. Diese großen Investitionen helfen uns dabei, unser Land fit für die Zukunft zu machen und die schwächelnde Wirtschaft anzukurbeln. Nur mit Investitionen kann unser Land den Wohlstand für alle sichern.

Bayerischer Anteil

100 Milliarden aus dem Sondervermögen fließen an die Länder. Der Anteil Bayerns beträgt ca. 15,3 Milliarden Euro in zwölf Jahren, also rund 1,3 Milliarden jährlich.

Wir als SPD erwarten, dass davon eine Milliarde Euro jährlich direkt an die Kommunen ausbezahlt werden. Diese Kommunalmilliarde kommt direkt dort an, wo sie gebraucht wird: vor Ort. Dort wissen unsere engagierten Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker am besten, welche Prioritäten gesetzt werden müssen und wo der Schuh bei den Menschen drückt. Das Sondervermögen darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir auch in Bayern eine langfristige strukturelle Verbesserung der Kommunalfinanzen durch eine Anhebung der Verbundquote auf mindestens 15 Prozent benötigen.

Bürokratieabbau

Eine Herkulesaufgabe für alle politischen Verantwortlichen wird in den nächsten Jahren der Abbau von Bürokratie sein. Als Handwerksmeister habe ich erlebt,

wie sich überbordende Verwaltungsvorschriften und -vorgänge etabliert haben, die oft nur dem Selbstzweck dienen. Inzwischen haben wir diese Überregulierung erkannt und sind dabei, sie anzupacken. Wir haben im Bayerischen Landtag eine Enquete-Kommission ins Leben gerufen, die sich mit dem Abbau von Bürokratie beschäftigt, auch hat die Staatsregierung einige Gesetzentwürfe zum Thema vorgelegt. Aber ich bin ehrlich: Das wird nicht reichen. Wir brauchen einen Mentalitätswandel in der Gesellschaft. Weg von maximaler Sicherheit, hin zu mehr Risikobereitschaft. Regelungen zum Daten- und Umweltschutz sind in der gesamten Europäischen Union gleich, dennoch werden sie in Deutschland am strengsten ausgelegt oder sogar verschärft. Ich stehe fest zum Umweltschutz, aber Prüfungen dürfen wichtige Bauvorhaben nicht um Jahre oder gar Jahrzehnte verzögern. Wenn eine Stadt einmal im Jahr ein Fest ausrichtet, dann darf das nicht deshalb verhindert oder verkürzt werden, weil ein einzelner Anwohner sich in seiner Nachtruhe gestört fühlt. Wir müssen uns als Gesellschaft wieder mehr zutrauen und Projekte mutig anpacken, statt zu viel über unwahrscheinliche Risiken zu debattieren. Wir müssen Innovation und Gründergeist stärken, indem wir die Bürokratie auf das notwendige Minimum reduzieren. Dazu müssen Prozesse vereinfacht, zentralisiert und digitalisiert werden. Gleichzeitig müssen Standards, die zuletzt bei sprudelnden Steuereinnahmen immer höhergeschraubt wurden, auf den Prüfstand. Das Leitmotiv muss sein: mehr Eigenverantwortung für Bürger

und Kommunen, weniger Regulierung von EU, Bund oder Freistaat.

Wirtschaft und Kommunen

Die globalen Herausforderungen für unsere Wirtschaft sind riesig: Wir spüren die Folgen des Ukraine-Kriegs, sehen uns einer völlig irrationalen, unplanbaren US-Zollpolitik gegenüber und befinden uns in einem schwierigen Wettbewerb mit China und Indien. Eine schwächelnde Wirtschaft wirkt sich unmittelbar auf unsere Kommunen aus, Steuereinnahmen brechen weg. Deswegen müssen wir auf Bundes- und Landesebene erfolgreiche Konzepte umsetzen, um die Wirtschaft zu unterstützen. In Bayern meine ich damit insbesondere die Automobilindustrie mit ihren vielen Zulieferbetrieben. Im ländlichen Raum, in dem ich lebe, können wir Unternehmen nur ansiedeln und halten, wenn wir gut ausgebildete Fachkräfte, aber auch schnelles Internet haben. Wer den Verfassungsauftrag, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen, ernst nimmt, muss die Attraktivität des ländlichen Raums weiter steigern.

Ich bin zuversichtlich: Wir packen jetzt gemeinsam an für eine florierende Wirtschaft. Unsere Kommunen sind gut für die Zukunft aufgestellt und wir sorgen dafür, dass das auch so bleibt – im Sinne der nachfolgenden Generationen.



V.l.: Staatsminister Hubert Aiwanger, MdL, Dr. Christiane Heunisch-Grotz, Holger Griebhammer, MdL, und der Moderator Julian von Löwis (Foto: Sophia Pelzer)

10 Schritte zur Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen in Bayern



Von Magdalena Oehl,
Mitglied im Vorstand des
Bundesverbands Deutsche
Startups sowie Founder und
Geschäftsführerin von
TalentRocket
(Foto: © TalentRocket)

Wenn Unternehmer:innen nicht mitreden, wird über sie entschieden.

Und das ist ein Problem. Denn: Im Bundestag sitzen aktuell weniger als 6 % Menschen mit unternehmerischer Erfahrung.

Die Entscheidungen über unsere Rahmenbedingungen treffen oft Menschen, die nie selbst gegründet haben – egal ob Tech-Startup, Handwerksbetrieb oder Familienunternehmen.

Ich durfte bei der Landkreisversammlung in Bayern meine Perspektive in die Politik einbringen – und habe dort in meiner Keynote einen 10-Punkte-Plan präsentiert:

1. Eine eigene Startup-Strategie für Bayern.

→ Viele Bundesländer haben sie schon. Bayern braucht einen klaren Fahrplan mit Zielen, Zuständigkeiten und regionaler Verankerung – statt kleinteiligen Aktionismus.

2. Öffentliche Aufträge auch an junge Unternehmen.

→ Warum landen kommunale Projekte fast immer bei Großkonzernen? Startups aus der Region können oft schneller, günstiger, innovativer liefern – wenn man sie lässt.

3. Datenschutz klar und einheitlich regeln.

→ In Bayern gibt es zwei Datenschutzbehörden – eine für Unternehmen, eine für öffentliche Stellen. Das führt zu widersprüchlichen Aussagen und unnötigem Zeitverlust. Startups brauchen eine zentrale, verständliche Anlaufstelle.

4. Digitale Aufgaben bündeln statt doppelt entwickeln.

→ Der Bund bietet z. B. mit der BundID funktionierende Lösungen. Bayern muss nicht parallel eigene Systeme bauen – das spart Ressourcen und erleichtert Integration für Unternehmen.

5. Förderung gezielt und strategisch ausrichten.

→ Wenige, wirkungsvolle Programme mit Fokus auf DeepTech, MedTech, Handwerk 4.0 – statt Förderungschungel und Bürokratielabyrinth.

6. Ein zentrales digitales Startup-Bayern-Portal.

→ Ein Zugang, alle Leistungen: Anmeldung, Förderung, Beratung. Endlich nutzerfreundlich, digital und verständlich.

7. Gründungsförderung in die Fläche bringen.

→ Nicht nur München. Auch Landkreise brauchen Hubs, Mentoring-Programme, Investorenformate – überall dort, wo Potenzial vorhanden ist.

8. Unternehmergeist früh fördern.

→ Von Wahlpflichtfächern bis Hochschul-Ausgründungen: Unternehmertum beginnt mit Haltung – aber vor allem mit Bildung. Wer früh lernt, Probleme kreativ zu lösen, gründet später mutiger.

9. Gründen vereinfachen – idealerweise in 48 Stunden.

→ Noch dauert es in Bayern Wochen (meistens ca. 6). Digitale Schnittstellen, schlanke Prozesse und Pilotregionen können zeigen, wie viel schneller es gehen kann.

10. Gründerkultur sichtbar machen.

→ Scheitern enttabuisieren, Mut sichtbar machen, diverse Vorbilder zeigen – auf Bühnen, in Schulen und in der Gesellschaft.

Wer gründet, braucht keinen Applaus, aber politische Strukturen, die eine Gründung einfach möglich machen.

Eine starke Wirtschaft schafft sozialen Freiraum



*Von Susanne Lang,
geschäftsführende
Gesellschafterin der
MEKRA Lang Group*

Die Frage, ob der Abbau sozialer Standards ein Mittel zur wirtschaftlichen Erholung sein kann, ist so provokant wie relevant. Sie zwingt uns dazu, die Wechselwirkungen zwischen Wirtschaft und Gesellschaft neu zu denken. Auf dem Podium des Bayerischen Landkreistags habe ich die Position vertreten, dass wirtschaftliche Stärke nicht im Widerspruch zu sozialem Ausgleich steht – sondern seine Voraussetzung ist.

Wirtschaftliche Stärke als Fundament des Sozialstaats

Eine gesunde Volkswirtschaft ist aus meiner Sicht gleichbedeutend mit Wachstum. Nur wenn Unternehmen investieren, Arbeitsplätze schaffen und Innovationen ermöglichen können, entstehen die finanziellen Spielräume, die wir für ein starkes Sozialsystem brauchen. Das war in der Vergangenheit so – etwa beim Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg – und das gilt auch heute. Deutschland hat damals durch wirtschaftliche Eigenleistung zu neuer Stärke gefunden. Erst auf dieser Basis konnten soziale Sicherungssysteme aufgebaut und dauerhaft finanziert werden.

Wer heute über soziale Gerechtigkeit sprechen möchte, darf die wirtschaftliche Grundlage dafür nicht ausblenden. Wir sollten uns nicht in einer Umverteilungsdebatte im Status quo verlieren, sondern die Voraussetzungen dafür schaffen, dass überhaupt etwas zu verteilen ist. Nur eine funktionierende Wirtschaft ermöglicht nachhaltige Sozialpolitik.

Der Mittelstand trägt – aber er trägt schwer

Besonders der Mittelstand – das Rückgrat unserer Wirtschaft – steht heute unter enormem Druck. Viele

Betriebe handeln verantwortungsvoll, investieren langfristig, übernehmen gesellschaftliche Verantwortung. Doch gleichzeitig wird diese Integrität zunehmend durch pauschale Regelungen und Kontrollmechanismen erschwert. Die Maßnahmen, die eigentlich dem Missbrauch vorbeugen sollen, treffen häufig genau jene, die sich regelkonform verhalten – mit zusätzlichen bürokratischen Lasten und finanziellen Hürden.

Wenn man jedoch immer weiter jene belastet, die mit ihrer Arbeit und ihrem Unternehmergeist die Grundlage unseres Wohlstands sichern, schwächt man am Ende das ganze System. Dann gibt es bald nichts mehr zu verteilen – und ein Sondervermögen ersetzt keine solide wirtschaftliche Basis.

Diese Entwicklung ist gefährlich. Sie schwächt nicht nur die Wirtschaftskraft, sondern untergräbt auch das Vertrauen in die Fairness staatlicher Rahmenbedingungen. Wenn wir wieder zu einer gesunden Balance finden wollen, braucht es mehr Differenzierung, mehr Vertrauen – und ein klares Bekenntnis zur Leistungsfähigkeit des Mittelstands.

Der Sozialstaat muss gerecht bleiben

Gleichzeitig dürfen wir die Augen nicht vor den Herausforderungen im sozialen Bereich verschließen. Auch der Sozialstaat selbst muss gerechter werden. Denn immer häufiger erleben wir, dass gerade die Schwächsten der Gesellschaft nicht ausreichend unterstützt werden: Kinder, die in Krankenhäusern nicht behandelt werden können, weil Pflegepersonal und Plätze fehlen. Ältere Menschen, die nach einem Leben voller Arbeit Flaschen sammeln müssen, um ihre Rente aufzubessern. Diese Entwicklungen sind nicht nur alarmierend, sie sind auch ein Armutszeugnis für ein Land wie unseres. Hier braucht es mehr Pragmatismus und einen klareren Blick auf das Wesentliche – das Funktionieren der grundlegenden sozialen Strukturen.

Was wir verloren haben – und was wir zurückgewinnen müssen

Hinzu kommt, dass Deutschland in zentralen industriellen Bereichen wichtige Kernkompetenzen aufgegeben hat – Innovation, Pragmatismus und Zukunftsinvestitionen. Früher als „Apotheke der Welt“ bekannt, sind wir heute zeitenweise in der Situation, dass Eltern ins

Ausland fahren müssen, um Fiebersaft für ihre Kinder zu bekommen. Das ist sinnbildlich für einen tiefgreifenden Verlust an industrieller Eigenständigkeit und Wettbewerbsfähigkeit. In vielen Branchen haben andere Länder uns inzwischen überholt – und Deutschland wird zunehmend als Wirtschaftsstandort unattraktiv. Das muss sich ändern, wenn wir die finanzielle Grundlage für einen starken und gerechten Sozialstaat wiederherstellen wollen.

Lösungsorientierung statt Schuldzuweisungen

Statt den Blick dauerhaft auf das zu richten, was nicht funktioniert, sollten wir uns fragen, was wir besser machen können – als Gesellschaft, als Politik, als Wirtschaft. Die soziale Infrastruktur unseres Landes ist wichtig und schützenswert. Aber sie kann nur dann dauerhaft funktionieren, wenn wir gleichzeitig die wirtschaftliche Basis dafür sichern und stärken. Das bedeutet: nicht sparen im Sozialen, sondern investieren in das, was Wachstum schafft – in Bildung, in Innovation, in unternehmerische Freiheit.

Diese Herausforderungen lassen sich nur gemeinsam bewältigen. Jeder Einzelne in der Gesellschaft ist gefordert, seinen Beitrag zu leisten. Eine starke Gesellschaft entsteht nicht durch Gegeneinander, sondern durch gemeinsames Handeln – mit Verantwortungsbewusstsein und gegenseitigem Respekt. Nur gemeinsam kommen wir aus diesem Dilemma heraus.

Wirtschaft und Politik – gemeinsam für ein starkes Land

Was es jetzt braucht, ist ein neues Miteinander von Politik und Wirtschaft. Wir müssen wieder gemeinsam um die besten Lösungen ringen – sachlich, partnerschaftlich, zukunftsorientiert. Familienunternehmen wie unseres denken in Generationen, nicht in kurzfristigen Erfolgen. Diese langfristige Ausrichtung ist entscheidend, wenn es darum geht, unseren Wohlstand zu sichern und weiterzugeben.

Die Politik ist gefordert, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass unternehmerisches Handeln möglich bleibt – verlässlich, planbar und mit Blick auf nachhaltiges Wachstum. Denn nur dann kann Wirtschaft ihrer Rolle gerecht werden: Motor für Beschäftigung, Innovation und sozialen Fortschritt zu sein.

Mein Fazit

Die entscheidende Frage ist nicht, ob wir soziale Standards abbauen sollten, um die Wirtschaft zu entlasten. Die Frage ist vielmehr: Wie stärken wir die Wirtschaft so, dass soziale Standards auch künftig tragfähig bleiben? Ein starker Sozialstaat braucht eine starke Wirtschaft – nicht als Gegenmodell, sondern als Grundlage. Beides zusammen macht unser Land aus. Und nur beides zusammen sichert unsere Zukunft.

Sozialstaat, Handlungsfähigkeit, Gute Arbeit – was jetzt zählt



Von Bernhard Stiedl,
Vorsitzender des DGB Bayern

Gesellschaftlicher Zusammenhalt, wirtschaftliche Stabilität und soziale Teilhabe sind die Grundpfeiler unseres demokratischen Gemeinwesens. In einer Zeit tiefgreifender Veränderungen – geprägt von globalen Krisen, einer alternden Gesellschaft, digitalem Wandel und der notwendigen sozial-ökologischen Transformation – wird einmal mehr deutlich, wie zentral ein funktionierender Sozialstaat, leistungsfähige Kommunen und faire Arbeitsbedingungen für die Stabilität unseres Landes sind.

Sozialstaat nicht Hindernis, sondern Teil der Lösung

Immer wieder wird suggeriert, der deutsche Sozialstaat sei „überdimensioniert“ und behindere die wirtschaftliche Dynamik. Diese Behauptung hält einer sachlichen Analyse nicht stand. Deutschland liegt bei den Sozialausgaben im internationalen Vergleich im Mittelfeld. Gleichzeitig zeigt die Realität, dass viele Menschen trotz Vollzeitbeschäftigung nicht von ihrer Arbeit leben können. Rund 800.000 Beschäftigte sind auf staatliche Unterstützung angewiesen – nicht, weil der Sozialstaat überfordert ist, sondern weil auf dem Arbeitsmarkt grundlegende Gerechtigkeitslücken bestehen.

Wirtschaftliche Schwächephasen der letzten Jahre resultierten im Wesentlichen aus externen Schocks wie der Corona-Pandemie, gestörten Lieferketten, geopolitischen Verwerfungen, der Energiepreiskrise und einem strukturellen Investitionsstau. Es waren also nicht soziale Standards, die den Aufschwung behinderten – vielmehr zeigte sich, dass ein verlässliches soziales Netz die ökonomische Resilienz stärkt.

Ein funktionierender Sozialstaat wirkt in mehrfacher Hinsicht stabilisierend: Er sichert die Kaufkraft in Kri-

senzeiten, stärkt die Binnenwirtschaft und beugt sozialen Verwerfungen vor, deren Folgekosten für Gesellschaft und Wirtschaft beträchtlich sein können. Er fördert durch Investitionen in Bildung und Gesundheit das individuelle Leistungspotenzial und erschließt somit wichtige Ressourcen für Innovation und Produktivität. Zudem trägt er maßgeblich dazu bei, gesellschaftliche Konflikte zu minimieren und politische Stabilität zu sichern – ein Standortvorteil, der nicht hoch genug bewertet werden kann. Gerade die skandinavischen Länder zeigen eindrucksvoll, dass Länder mit starken Sozialsystemen wirtschaftlich erfolgreich sein können.

Kommunen als Orte demokratischer Teilhabe und sozialer Infrastruktur

Während die Grundprinzipien des Sozialstaats auf Bundes- und Landesebene verankert sind, zeigt sich seine praktische Wirkung auf der kommunalen Ebene – dort, wo die Menschen leben, arbeiten, lernen und versorgt werden. Die Kommunen in Bayern tragen die Hauptverantwortung für zentrale Aufgaben der Daseinsvorsorge: ob bei Bildung, Integration, sozialer Betreuung oder gesundheitlicher Versorgung. Gleichzeitig stehen viele Kommunen unter wachsendem finanziellen Druck. Steigenden Ausgaben stehen oft stagnierende Einnahmen gegenüber, was die politische Gestaltungsfähigkeit vor Ort erheblich einschränkt.

Ein handlungsfähiger Sozialstaat braucht daher finanziell gut ausgestattete Städte, Gemeinden und Landkreise. Dafür ist es unerlässlich, dass die Kommunen über verlässliche, planbare und bedarfsgerechte Einnahmen verfügen. Der kommunale Finanzausgleich muss so weiterentwickelt werden, dass er strukturelle und demografische Unterschiede stärker berücksichtigt und gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen ermöglicht. Gleichzeitig braucht es gezielte Investitionen – insbesondere in Bildungsinfrastruktur, Pflegeeinrichtungen, sozialen Wohnungsbau und Gesundheitsangebote.

Auch die Erfahrungen mit der Privatisierung öffentlicher Leistungen verdienen eine kritische Neubewertung. Statt zu mehr Effizienz haben viele dieser Prozesse zu einer Verschlechterung der Versorgungsqualität, zu einem Verlust an demokratischer Kontrolle

und in einigen Fällen zu erheblichen Mehrkosten geführt. Die Stärkung der öffentlichen Verantwortung ist daher ein zentrales Element nachhaltiger Kommunalpolitik.

Gute Arbeit: Schlüssel zu Teilhabe und Stabilität

Gute Arbeit ist weit mehr als eine individuelle Erwerbschance. Sie bildet die Grundlage für soziale Sicherheit, individuelle Entwicklung und gesellschaftliche Teilhabe. Umso bedenklicher ist es, dass auch im öffentlichen Bereich immer wieder Tendenzen sichtbar werden, tarifliche Standards zu unterlaufen, Arbeitsverhältnisse zu prekarisieren oder Dienstleistungen in ungeschützte Beschäftigungsformen auszulagern.

Kommunen haben hier eine doppelte Verantwortung – als öffentliche Arbeitgeber wie auch als Auftraggeber bei der Vergabe öffentlicher Dienstleistungen. Wer in die Qualität der Arbeit investiert, investiert gleichzeitig in soziale Stabilität und die Zukunftsfähigkeit unserer Regionen. Öffentliche Aufträge sollten deshalb grundsätzlich an tarifgebundene Unternehmen vergeben werden. Mitbestimmung, faire Löhne und soziale Mindeststandards dürfen nicht durch einen Preiswettbewerb untergraben werden. In diesem Zusammenhang bietet das auf Bundesebene angestrebte Tariftreue- und Vergabegesetz eine Chance, die nun auch auf Landesebene konsequent umgesetzt werden muss.

Darüber hinaus ist die Rekommunalisierung zentraler Leistungen – etwa im Bereich der Pflege, der Gebäudereinigung oder der Energieversorgung – eine Option, die nicht ideologisch, sondern sachlich geprüft werden sollte. Die Rückführung ausgelagerter Bereiche kann nicht nur die Versorgungssicherheit und -qualität erhöhen, sondern auch faire Arbeitsbedingungen wiederherstellen.

Die anstehenden wirtschaftlichen und ökologischen Transformationen werden den Arbeitsmarkt weiter verändern. Diese Entwicklungen müssen vor Ort aktiv gestaltet werden. Kommunen können dabei eine Schlüsselrolle einnehmen, etwa durch regionale Strategien zur Fachkräftesicherung, durch Weiterbildungsinitiativen und durch einen konstruktiven Dialog mit Gewerkschaften, Betrieben und Zivilgesellschaft. Transformation darf nicht als Bedrohung, sondern muss als gestaltbarer Prozess begriffen werden – mit dem Ziel, Beschäftigung zu sichern und neue Felder guter Arbeit zu erschließen.

Fazit

Wer in diesen Zeiten auf Sozialabbau setzt, läuft Gefahr, den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter zu gefährden. Ein starker Sozialstaat, handlungsfähige Kommunen und verlässliche Arbeitsstandards sind keine Gegensätze zu wirtschaftlichem Fortschritt – sie sind dessen Voraussetzung. Die Herausforderungen der kommenden Jahre lassen sich nicht durch Rückbau, sondern nur durch gezielte Investitionen, sozialen Ausgleich und nachhaltige politische Gestaltung bewältigen.

Es ist an der Zeit, die Diskussion über soziale Sicherheit aus der Defensive zu holen. Sie ist kein Kostenfaktor, sondern ein tragendes Element unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zukunft.



Verabschiedung von Altlandrat Helmut Weiß durch den Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck, am Festabend

„Helmut Weiß hat über viele Jahre hinweg den Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim geprägt.

Er wird als ein Mann in Erinnerung bleiben, der nicht nur vielfältige Verdienste hat, sondern der vor allem viel positive Energie in seine Arbeit und in die Gemeinschaft eingebracht hat.

Helmut Weiß begann seinen beruflichen Werdegang im Bundesgrenzschutz. Hier legte er den Grundstein für eine beeindruckende Karriere, die ihn über die Polizei Heilsbronn und die Polizeidienststelle Bad Windsheim schließlich zum Bürgermeister des Marktes Oberzenn führte. Seine Jahre als Bürgermeister und später als Landrat von Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim waren

geprägt von einem unermüdlichen Engagement für die Menschen in der Region. Helmut Weiß war mehr als nur ein politischer Entscheidungsträger; er war ein Brückenbauer, der die verschiedenen Fraktionen zusammenbrachte und den Zusammenhalt in der Gesellschaft förderte. Sein unerschütterlicher Glaube an das Gemeinsame hat nicht nur die politischen Gremien, sondern auch die Herzen der Bürger erreicht. Es überrascht deswegen nicht, dass er von Weggefährten auch als „echter Bürgerlandrat“ bezeichnet wurde.

Wir wünschen Helmut Weiß und seiner Familie alles Gute und behalten seine positive Einstellung als Vorbild in Erinnerung.“



Präsident Thomas Karmasin überreichte Altlandrat Helmut Weiß als Dank zum Abschied den Blauen Löwen des Bayerischen Landkreistags.

7. Mai – Öffentliche Tagung































Festabend



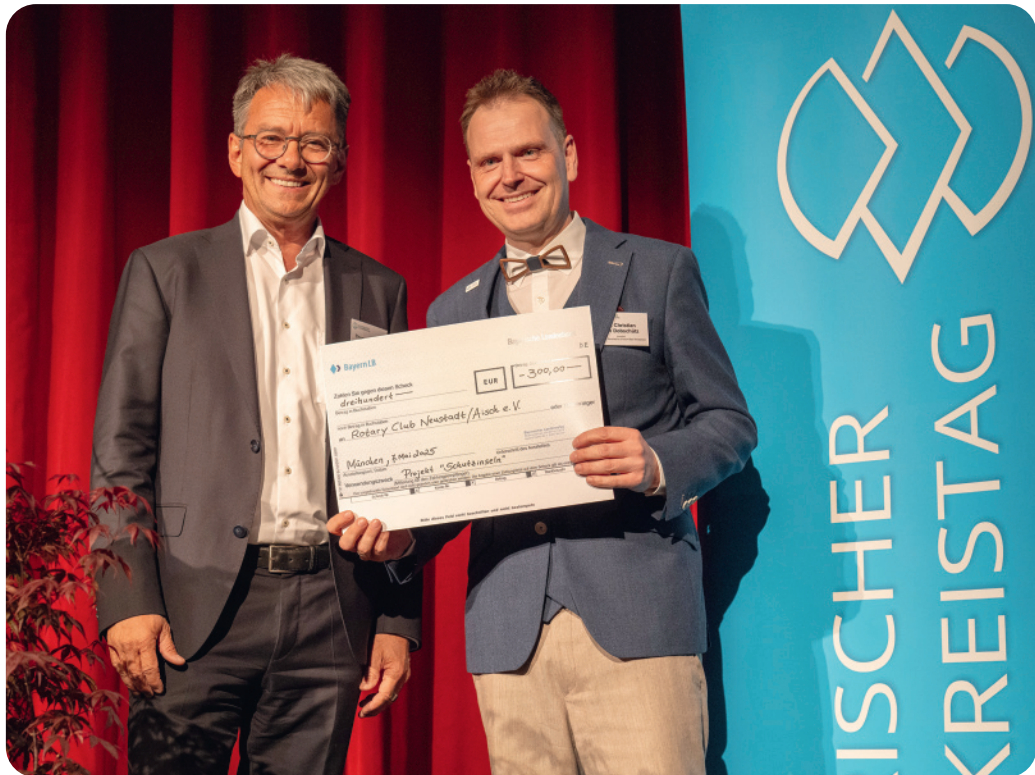
























8. Mai – Öffentliche Tagung











**Schlagabtausch: Wirtschaft oder Wohlfahrt?
Der Abbau sozialer Standards als Schlüssel
zum Aufschwung?**

Ulrike Scharf, MdL
Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales

Susanne Lang
Geschäftsführende Gesellschafterin der MEKRA LANG GMBH & CO. KG

Bernhard Stiedl
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) Bayern

Moderation: Christian Deutschländer, Stv. Chefredakteur Münchner Merkur







*Eine Auswahl der Fotos finden Sie auch auf unserer Homepage unter Veranstaltungen.
Fotografie Andreas Riedel*





Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Bezirktetag. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem Kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de